

Der Westen schläft nicht

Reaktion auf „Sputnik“: Verstärkte Ausbildung von Technikern

Eine der Folgerungen nach dem Auftauchen des sowjetischen „Sputniks“ war im Westen die Überprüfung der Ausbildungsprogramme und -methoden. Die Erfahrungen mit den Völkern englischer Sprache lassen sicher einen von Chruschtschow wohl kaum vorausgeahnten gewaltigen Anstieg der amerikanischen und britischen Anstrengungen beim Aufbau der Wissenschaft und Technik erwarten. Umfassende Erziehungsreformen sind geplant.

Dabei wird aber jetzt schon der entscheidende Unterschied zur Sowjetunion deutlich: der Westen wird als Antwort auf die wissenschaftliche und technologische Herausforderung keine technischen und wissenschaftlichen Roboter heranbilden, sondern wissenschaftlich und technisch geschulte Menschen.

So schreibt die „New York Times“:

„Wissenschaftler und Techniker, ja, je mehr, je besser. Aber die wesentliche Grundlage, ehe man Wissenschaftler oder Techniker werden kann, bleibt ein erweiterter Lebenshorizont mit Kenntnissen der Literatur, der Künste, der Geschichte, Philosophie, Sprache und jener humanistischen Studien, die die Basis unserer Kultur bilden.“

Nur mit solchen Menschen kann die Demokratie gedeihen.

Amerika gibt mehr

Für die Amerikaner ist nicht die Frage des finanziellen Aufwandes für Wissenschaft und Forschung ausschlaggebend. In den Vereinigten Staaten liegen die Ausgaben für diese Zwecke erheblich über denen der Sowjetunion, wo 1955 für die wissenschaftliche Forschung 11,6 Milliarden Rubel (nach amtlichen Umrechnungskurs 2,9 Milliarden Dollar) verwendet wurden. In den USA waren es 1955 rund 7,8 Milliarden Dollar und 1956 8,2 Milliarden Dollar. Es ist festgestellt worden, daß in der Sowjetunion jährlich 1 v. H. des Volkseinkommens und in den USA 2 v. H. des (wesentlich höheren!) Volkseinkommens für Wissenschaft und Forschung ausgegeben werden.

Entscheidend ist für die USA eine umfassende Erziehungsreform und eine beträchtliche Steigerung der Zahl der jährlich die Hochschulen und Ausbildungsinstitute verlassenden Wissenschaftler und Fachkräfte aller Art.

● In der Sowjetunion werden heute weit mehr Wissenschaftler und Ingenieure ausgebildet als im gesamten Westen. 1957 sollen von den Hochschulen der Sowjetunion 60 000, von den Fach-

schulen 80 000 Ingenieure in die Produktion entlassen werden. Die Gesamtzahl der ausgebildeten Ingenieure soll bis 1960 auf 200 000 jährlich steigen.

● Die Zahl der sowjetischen Studenten betrug 1955/56 schon 1,87 Million. Demgegenüber lag zwar die Zahl der Studenten in den USA höher, aber von 1926 bis 1954 waren in den USA 9 v. H. aller Studenten Ingenieure, in der UdSSR aber 25,6 v. H.

● In der angewandten und theoretischen Wissenschaft der Sowjetunion arbeiteten 1954 etwa 72 000 Wissenschaftler, in den USA aber nur 46 000, in Großbritannien 8000, in Westdeutschland 7900.

Fortsetzung Seite 2

NATO modernisiert sich

Strauß: Raketen nicht identisch mit Atomwaffen

Mitte Dezember treffen sich in Paris die Regierungschefs der NATO-Staaten. Sie wollen die politische und militärische Zusammenarbeit der fünfzehn im Atlantischen Bündnis zusammengeschlossenen Länder verbessern und stärken. Die Ereignisse der jüngsten Zeit haben bewiesen, daß eine solche engere Zusammenarbeit notwendig ist, wenn die westliche Verteidigungsgemeinschaft ihren Wert und ihre Schlagkraft nicht verlieren soll.

Die Notwendigkeit zur engeren militärischen Zusammenarbeit, insbesondere in der Ausrüstung und der Waffenentwicklung, ergibt sich aus der technischen Fortentwicklung und den damit verbundenen Kosten. „Es ist heute für eine einzelne Nation mittlerer oder kleinerer Größenordnung nicht mehr möglich, für sich allein auf dem Gebiet der Luftwaffe und der Ferngeschosse von der Forschung bis zur Serienfertigung zu arbeiten“, erklärte Bundesverteidigungsminister Strauß auf einer Pressekonferenz.

Der Standpunkt der Bundesregierung in Grundfragen, die sich aus der stärkeren militärischen Integration ergeben können, ist klar festgelegt. Im Vertrag

der Westeuropäischen Union hat die Bundesrepublik verzichtet auf die Herstellung

● von Atom-, Bakterien- und chemischen Waffen — die sogenannten ABC-Waffen:

● von ferngelenkten Waffen, größeren Kriegsschiffen und schweren Kampfflugzeugen.

Der absolute Verzicht auf die Herstellung von Atomwaffen könnte nur durch einen einstimmigen Beschluß der in der „Westeuropäischen Union“ zusammengeschlossenen Staaten aufgehoben werden. Weder die Bundesrepublik noch an-

Fortsetzung Seite 2

NATO modernisiert sich

(Fortsetzung von Seite 1)

dere Staaten der WEU wünschen eine solche Änderung. Bundesverteidigungsminister Strauß erklärte:

„Die Bundesregierung hält an ihrer Auffassung fest, die sie mehrfach ausgedrückt hat, daß sie eine weitere Ausdehnung der Atomwaffenproduktion nicht wünscht, daß sie für sich selbst an dem Produktionsverzicht festhält, daß sie diesen Verzicht als einen echten Beitrag zu den Abrüstungsverhandlungen betrachtet und daß sie keinerlei Absichten oder Pläne hat, diesen Verzicht zu beeinträchtigen.“

Der Verzicht auf die Herstellung von Fernlenkraketen kann aufgehoben werden, wenn mit Zustimmung des NATO-Oberbefehlshabers eine Zweidrittelmehrheit im Rat der „Westeuropäischen Union“ sich dafür ausspricht. Ein Antrag dieser Art ist nicht gestellt. Die Bundesregierung wünscht auf diesem Gebiet für sich keine Entwicklung und Produktion auf eigene Faust. Die Herstellung solcher Waffen soll vielmehr in einem Gesamtplan innerhalb der NATO vereinheitlicht und auf die NATO-Staaten schwerpunktmäßig verteilt werden.

Für die Bundeswehr hält die Bundesregierung eine zeitgemäße, moderne Bewaffnung für notwendig. Das schließt die Ausrüstung mit bestimmten Raketenwaffen ein, die weitgehend die früher übliche Ausrüstung mit Geschützen ersetzt. Dazu zählen Panzerabwehrraketen, Luftabwehrraketen und Raketen, die an Stelle der weittragenden Artillerie und der Jagdbomber treten, weil sie beweglicher sind.

Geschosse, die mit Raketen abgefeuert werden, sind nicht gleichbedeutend mit Atomwaffen. Beides ist unabhängig voneinander. Atomgeschosse können aus herkömmlichen Kanonen verfeuert werden. Andererseits sind die meisten der bisher entwickelten Raketen — von den amerikanischen Fernraketen abgesehen, die für die Bundeswehr nicht in Frage kommen — mit normaler Sprengmunition versehen, so wie bereits die sowjetischen („Stalinorgeln“) und deutschen Raketenwaffen während des letzten Krieges konstruiert waren.

Der Bundesverteidigungsminister hat eindeutig erklärt, daß die von der Bundeswehr gewünschten modernen Waffen als Munition mit normalen Sprengkörpern angestrebt werden.

Zonen-Funktionäre flüchten

125 bis 150 Funktionäre höheren und niedrigeren Ranges verlassen jeden Monat die Zone, um in der Bundesrepublik um Asyl nachzusuchen. Unter den letzten geflüchteten Funktionären befand sich auch der stellvertretende Oberbürgermeister von Kottbus, Mehner, sowie der Musikredakteur beim Zonen-Rundfunk, Lessau, und der Dozent Hobohm von der philosophischen Fakultät der Universität Rostock.

Der Westen schläft nicht

(Fortsetzung von Seite 1)

in Frankreich 4748. Gerade die europäischen Länder werden hier Versäumtes nachholen müssen, damit die Anstrengungen der freien Völker unter Führung der USA zu einem Erfolg kommen.

Für die USA ist von besonderer Bedeutung eine Untersuchung der sowjetischen Schulerziehungsmethoden. Sie kommt zu dem Ergebnis, daß die USA eine im technisch-wissenschaftlichen Sinne qualitativ geringere Schulerziehung bieten. Der Schüler der Sowjetunion ist nach zehn Jahren Ausbildung in wissenschaftlicher Hinsicht besser ausgebildet als der amerikanische nach zwölf Jahren. In der Sowjetunion hat der Oberschüler fünf Jahre lang Physik- und Biologieunterricht, vier Jahre Chemieunterricht, ein Jahr Astronomieunterricht und — gesamte Schulerziehung — zehn Jahre Rechnen und Mathematik hinter sich. In den USA haben weniger als ein Drittel aller Oberschüler ein Jahr Chemieunterricht gehabt, nur ein Viertel aller Oberschüler hat Physikunterricht genommen, und nur ein Siebentel aller Oberschüler lernte höhere Mathematik.

Die USA sind entschlossen, dem zahlenmäßig und leistungsmäßig hohen

Stand technisch-wissenschaftlicher Schulerziehung der Sowjetunion keine Beeinflussung ihres eigenen Ausbildungssystems unter Zwang entgegenzustellen. Denn auf Plan und Zwang beruhen diese Errungenschaften des sowjetischen Erziehungswesens. Die Amerikaner wollen jetzt einen ebenso hohen Ausbildungsstand, wenn nicht einen höheren, auf der Grundlage der Freiheit und Freiwilligkeit, verbunden mit einer steigenden staatlichen Förderung erreichen.

Die amerikanischen Wissenschaftler werden also auch weiterhin einem politischen System dienen, das sie nicht ablehnen. Ganz im Gegensatz zur Sowjetunion, wo nach neuesten Untersuchungen nur etwa 35 v.H. der sich aus 400 Professoren der wichtigsten Institute des Landes zusammensetzenden „Akademie der Wissenschaften“ überzeugte Kommunisten sind. Die anderen dienen als einem System, das ihnen fremd ist.

Die eigentliche Gefahr für den Westen — das muß deutlich gesagt werden — liegt darin, daß Rußlands technische und wissenschaftliche Errungenschaften von einem politischen System mißbraucht werden können, das die Freiheit und Menschlichkeit verachtet.

Europa braucht mehr Kohle

Montanunion berichtet: Die deutschen Kohlenpreise

Der Zusammenschluß der sechs europäischen Länder (Bundesrepublik, Frankreich, Italien und die Beneluxländer) zur Montanunion hat sich bewährt und zu Produktionserhöhungen geführt. Die Montanunion steht jedoch vor dem Problem, den Energiebedarf der ihr angehörenden Länder zu decken. Dies wurde auf einer Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarates und der Gemeinsamen Versammlung der Montanunion festgestellt.

Bei dieser Sitzung, die die Mitglieder der beiden europäischen Parlamente vereinigte, verwies der Präsident der Hohen Behörde der Montanunion, René Mayer, auf die Energiekrise nach den Ereignissen von Suez und ihre Überwindung in diesem Jahr:

„Mit aller Deutlichkeit zeigte sich die Abhängigkeit Europas auf dem Energiesektor, die Unsicherheit einiger Versorgungsquellen, die Auswirkungen von Frachtschwankungen auf die Preise für eingeführte Brennstoffe und damit auch die Notwendigkeit neuer Investitionen bei Kohle und den flüssigen Brennstoffen. Unter dem Eindruck der Gefahren, die vor einem Jahr nur allzu deutlich zutage getreten waren, erhielten die geplanten Vorhaben und die Forschungstätigkeit neuen Auftrieb.“

Die billigste Kohle

Zu der Frage der Kohlenpreise in Deutschland erklärte Mayer, er glaube, daß diese Angelegenheit nicht so dramatisch sei, wie sie dargestellt worden wäre. Die deutsche Kohle sei mit Aus-

nahme von gewissen Sorten der niederländischen Provinz Limburg noch immer die billigste in der Montangemeinschaft.

In anderen Revieren seien seit mehreren Monaten Preissteigerungen eingetreten, vor allem in Belgien und in Frankreich um 1,43 Dollar, in den Niederlanden um 1,53 Dollar. Es sei deshalb nicht erstaunlich, daß die deutschen Preise eines Tages auch erhöht wurden. Diese Preissteigerung sei aber geringer gewesen als die anderen. Sie betrage nur 1,31 Dollar.

Der Vizepräsident der Hohen Behörde, Spierenburg, faßte die Situation der europäischen Kohle folgendermaßen zusammen: Die Hohe Behörde schätzt, daß es möglich ist, die Kohleproduktion in der Montangemeinschaft während der nächsten zwanzig Jahre um 60 Millionen Tonnen zu erhöhen durch bessere Ausnutzung der vorhandenen Schächte, durch die Erschließung neuer Kohlenfelder und durch die Modernisierung der Anlagen.

Diese Schätzung kann nur erreicht werden, wenn die Zahl der Arbeitsplätze im Kohlenbergbau erheblich erhöht wird.

„Die Sorgen der Deutschen“

Eindeutige Bekenntnisse für und gegen Einheit in Freiheit

Am 11. Oktober sagte der sowjetische Außenminister Gromyko im politischen Ausschluß der UNO-Vollversammlung, die Sowjetregierung erkläre erneut, daß sie an keiner Konferenz über das deutsche Problem (Wiederherstellung der Einheit Deutschlands) teilnehmen werde, ebensowenig an anderen Konferenzen, in denen das Problem Deutschland zur Sprache gebracht werden könnte.

Gromyko forderte wieder, die „beiden deutschen Staaten“ (Bundesregierung und Pankow) sollten über die Einheit Deutschlands verhandeln. Er verlangte also, daß die Bundesregierung mit einer „Regierung“ sprechen solle, die es überhaupt nicht geben würde, wenn die regierten 17 Millionen Mitteldeutschen frei ihre Meinung sagen dürften. Diese letzte Willenserklärung Moskaus müßte es eigentlich jedem klar machen, daß die Sowjetunion die Einheit Deutschlands in Freiheit nicht wünscht.

Die Haltung Moskaus bestätigt den Grundgedanken der Außenpolitik, die die Bundesregierung führt: Eine Wiedervereinigung, die nicht mit der Unterwerfung Westdeutschlands durch die Kommunisten enden soll, ist nur in enger Zusammenarbeit mit dem Westen zu erreichen. Das bedingt gegenseitiges Vertrauen zwischen der Bundesrepublik und dem Westen. Auf der Grundlage dieses Vertrauens haben sich die Westmächte in den Pariser Verträgen ausdrücklich verpflichtet, in der Frage der Einheit Deutschlands eines ihrer politischen Hauptanliegen zu sehen.

Die neutralisierte Zone

Selbstverständlich gibt es in den westlichen Ländern Gruppen, die nun fragen: „Was gehen uns diese deutschen Sorgen an?“ Hierzu zählen insbesondere Politiker der Sozialdemokraten aus ideologischen Gründen so sympathischen englischen sozialistischen Labour Party.

So legte deren Vorsitzender Gaitskell einen — gewiß gut gemeinten! — Plan vor, der die gleichzeitige Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands und der osteuropäischen Satelliten Moskaus vorsieht, also die Schaffung eines riesigen wehrlosen Vakuums in Mittel- und Osteuropa sowie Skandinavien. Damit würde die Gefahr geschaffen, daß den Kommunisten die Tür ganz Europas endgültig offensteht.

Außer diesem Plan — der ja auch die weltgeschichtlich notwendige europäische Einheit endgültig zu den Akten legen würde — gibt es bei Labour auch eine andere, für uns Deutsche noch nachteiligere Konzeption. Nach einem Besuch der Bundesrepublik und Mitteldeutschlands schrieb der Labourabgeordnete Richard Crossman: „Ob wir es gern sehen oder nicht, Deutschland ist jetzt so tiefgehend geteilt wie Irland oder Korea. Es gibt jetzt zwei deutsche Staaten. Der Vorschlag, daß diese beiden Staaten jetzt niedrigergerissen und an ihrer Stelle durch eine frei gewählte verfassunggebende Versammlung ein zentraler Staat aufge-

Keinen besseren Beweis konnte es dafür geben als die in den Abrüstungsvorschlägen der USA, Englands, Frankreichs und Kanadas festgelegte Forderung, daß mit der Durchführung der zweiten — entscheidenden! — Abrüstungsphase die Frage der deutschen Einheit geregelt werden müsse. Die westlichen Regierungen sagten also: wir rüsten erst ab, wenn die Deutschen ihre Einheit in Freiheit haben. Für den „Mann auf der Straße“ in London oder New York ist es wahrhaftig nicht leicht zu „schlucken“, daß er auf eine weltweite Abrüstung „bloß wegen der Deutschen“ warten soll. Aber die westlichen Regierungen haben es ihren Völkern klar gemacht:

● Ohne Vertrauen gibt es keine Abrüstung und keine Entspannung. Die Grundlage internationalen Vertrauens und die Entspannung könnte mit der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands geschaffen und erreicht werden. Denn dann sähe der Westen, daß Moskau es ehrlich meint.

baut werden könnte, scheint mir ganz absurd zu sein . . .“

Die Regierungen unserer Verbündeten machen sich solche Tendenzen nicht zu eigen. In der amtlichen Verlautbarung nach dem Besuch des britischen Premierministers Macmillan bei Präsident Eisenhower erklärten die beiden Politiker, ohne daß die Bundesregierung sie mit einem Wort darum gebeten hätte:

„Die Länder der freien Welt sind voneinander abhängig, und nur in der echten Partnerschaft, durch die Zusammenfassung der Hilfsquellen und die gemeinsame Lösung der Aufgaben auf vielen Gebieten kann es zu Fortschritten kommen. . . Insbesondere stimmten wir voll und ganz überein, daß . . . die Wiedervereinigung Deutschlands durch freie Wahlen dringend notwendig ist. Auf der Genter Konferenz des Jahres 1955 stimmten die Herren Chruschtschow und Bulganin mit uns und unserem französischen Alliierten darin überein.“

Das war am 28. Oktober 1957. Im gleichen Sinne haben die westlichen Staaten auch den Standpunkt der Bundesrepublik zum Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien unterstützt.

Der Bundeskanzler hat wiederholt erklärt, daß Deutschland einem Abkommen über weltweite Abrüstung nicht mit blockierenden Forderungen nach Wieder-

Auf ein Wort

Liebe Freunde!

Seit 1918 ist Deutschland keine Kolonialmacht mehr. Viele Deutsche haben das damals schmerzlich empfunden. Im Laufe der Jahre hat sich die Ansicht über diesen Verzicht entscheidend verändert. Heute gibt es kaum einen politisch denkenden Menschen bei uns, der nicht erkannt hat, daß der Verlust der Kolonien uns von der Hypothek befreit hat, die auf jeder Kolonialmacht lastet. Der Vorwurf des „Kolonialismus“ wiegt heute schwer in der asiatischen und auch schon in der afrikanischen Welt.

Auf der anderen Seite hat 1918, indem es uns die Sorgen um die Kolonien nahm, zugleich auch dem deutschen Volk das Verständnis dafür erschwert, wie sich weltwirtschaftlich und weltpolitisch das Gewicht in diese Räume verlagert hat. Wir dürfen über unseren besonderen deutschen Anliegen nicht vergessen, daß es in der Welt kein isoliertes Geschehen mehr gibt. Ob Kairo oder Kapstadt, Saharawüste oder äquatorialer Regenwald, sie sind alle verflochten in die Erwägungen der Weltpolitik. Nicht zuletzt hat das die Sowjetunion auf der Suche nach Ansatzpunkten für eine Durchdringungspolitik erkannt.

Frei von jeder machtpolitischen Erwägung, aber aufgeschlossen für die wirtschaftlichen Aufgaben und Möglichkeiten sollten wir in der Bundesrepublik als Mitglied der europäischen Gemeinschaft diesen Raum verstehen lernen. Wenn die französische Regierung durch eine Einladung an den Deutschen Bundestag die Gelegenheit dazu bietet, so ist das in jeder Beziehung zu begrüßen.

Wenn Sie diese Zeilen lesen, werde ich bereits mit einer kleinen Delegation deutscher Bundestagsabgeordneter auf der Reise durch das französische Afrika sein. Ich wollte diese allgemeinen Betrachtungen den Briefen vorausschicken, die ich Ihnen in den nächsten Wochen von dieser Reise hoffe schreiben zu können.

Ihr Bruno Heck

vereinigung im Wege stehen will. So stimmte er seinerzeit dem Plan des Westens zu, eine erste Abrüstungsphase auch ohne Einheit Deutschlands zu verwirklichen, wenn für den zweiten Abschnitt entsprechende Schritte zur deutschen Einheit festgelegt würden.

Auf der Grundlage des Vertrauens will Bonn eine biegsame und anpassungsfähige Politik der Freundschaft mit dem Westen fortsetzen. Der Westen hat ein klares Bekenntnis zu deutscher Einheit abgelegt. Herr Gromyko hat ein ebenso klares Bekenntnis gegen die Einheit in Freiheit abgegeben.

Die „Volksbewegung“ von Prag

Antonin Zapotocky, ein linientreuer Statthalter Moskaus

Der tschechoslowakische Staatspräsident Antonin Zapotocky, der am 13. November im Alter von 72 Jahren in Prag gestorben ist, war maßgeblich an den verhängnisvollen Vorgängen vom Februar 1948 beteiligt, die schließlich zur Machtübernahme der Kommunisten in der Tschechoslowakei führten.

Als 16jähriger war er 1900 Mitglied der Sozialistischen Partei geworden, in der er später zum Vorstandsmitglied aufrückte. Er gehörte zum linken Flügel der Partei. Nach dem ersten Weltkrieg besuchte er die Sowjetunion und gründete nach seiner Rückkehr im Jahre 1921 zusammen mit Gesinnungsgenossen die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei, deren Generalsekretär er schon ein Jahr später wurde. Stalin setzte ihm 1929 ab. Zapotocky übernahm den Vorsitz der kommunistischen Gewerkschaften.

Während des zweiten Weltkrieges war Zapotocky in mehreren Konzentrationslagern inhaftiert. Schon bald nach der Befreiung stand er wieder an der Spitze des tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes. Als im Februar 1948 die Kommunisten die bürgerliche Regierung zum Rücktritt zwingen wollte, setzte Zapotocky seine linientreuen Gewerkschaftler als Anführer einer „Volksbewegung“ ein, die mithilfe der kommunistischen Partei die Alleinherrschaft im Lande zu sichern.

Nach dem Rücktritt und Tod von Staatspräsident Benesch wurde Zapotocky 1948 als Nachfolger von Gottwald Ministerpräsident des Landes, nach dem Tode Gottwalds im März 1953 folgte Zapotocky ihm auf den Posten des Staatspräsidenten nach.

Die 40-Stunden-Woche

In einer Reihe von Wirtschaftsgruppen seien jetzt schon Wochenarbeitszeiten der Industriearbeiter von 40 und weniger Stunden erreicht, heißt es in einem Bericht des Statistischen Bundesamtes. Im Mai dieses Jahres arbeiteten Männer und Frauen in der Industrie — alle Wirtschaftsgruppen zusammengefaßt — im Durchschnitt 42,1 Stunden in der Woche.

Wohnungsumfrage

Jeder dritte Erwachsene in der Bundesrepublik wohnt in einem Einfamilienhaus. Zu diesem Ergebnis ist ein Meinungsforschungsinstitut nach einer Umfrage über die Wohnverhältnisse in der Bundesrepublik gekommen. Allerdings seien fast die Hälfte dieser Einfamilienhäuser Bauernhäuser. In Mehrfamilienhäusern wohnen etwa vier von zehn Erwachsenen und in großen Mietshäusern (Wohnblocks) etwa jeder sechste Bundesbürger. In den Einfamilienhäusern leben überwiegend Angehörige freier und selbständiger Berufe. Etwa 64 v. H. der 2000 befragten Beamten und Angestellten sind vorwiegend in Mehrfamilienhäusern anzutreffen. Der Anteil von Arbeitern, die in einem Einfamilienhaus wohnen, sei mit 35 v. H. größer als der Anteil der Beamten und Angestellten in diesem Haustyp mit 21 v. H.

Zapotocky setzte sich im Jahre 1952 für die Verfolgung der sogenannten Slansky-Gruppe ein, in deren Verlauf der ehemalige Generalsekretär der tschechoslowakischen KP, Slansky, zusammen mit zehn anderen führenden Funktionären und Staatsbeamten vor Gericht gestellt und hingerichtet wurde. In diesem wie in einer Reihe von anderen Fällen hat der Funktionär Zapotocky Moskau seine linientreue Haltung bewiesen.

Die Diskussion geht weiter

SPD-Prominenz zieht unterschiedliche Folgerungen

Die leidenschaftliche Diskussion über Parteiführung und Reform der SPD geht in dem Parteiorgan „Vorwärts“ wie auch in den einzelnen Zeitungen und Publikationen weiter. Je nach der Einstellung werden völlig verschiedene Schlussfolgerungen aus der Wahlniederlage des 15. September gezogen.

Der Bundestagsabgeordnete Hermann Hansing, Bremen, bestreitet im „Vorwärts“, daß mit der Nichtwiederwahl von Mellies die „Reformer“ gesiegt hätten, denn andere Reformer, wie Helmut Schmidt, Hamburg, hätten noch weniger Stimmen bekommen. Er warnt davor, grundlegende und neue Gedanken und Änderungen nur von den „angeblichen Reformern in der Fraktion“ zu erwarten.

In scharfem Gegensatz zueinander stehen Ausführungen des bayerischen Landtagsabgeordneten Gaber und des Marburger Professors Abendroth. Gaber schreibt:

„Hier soll eindeutig festgestellt werden, daß es falsch wäre, die Wahlpropaganda und die Masse des Materials sowie die finanzielle Überlegenheit der politischen Gegner als Erklärung für den Wahlausgang zu nehmen. Genauso falsch wäre es, Personen verantwortlich zu machen. Hier ist es notwendig, eine wirkliche Analyse der modernen Gesellschaftsstruktur durchzuführen. Als die wissenschaftlichen Grundlagen der sozialistischen Bewegung erarbeitet wurden, herrschten in Wissenschaft, Technik, Produktionsmethoden, im Verhältnis des Eigentums zu den Produktionsmitteln ganz andere Verhältnisse als heute. Es muß Aufgabe einer gesellschaftskritischen Partei sein, die heutigen Verhältnisse festzustellen und daraus die politischen Gegenwartszielsetzungen zu entwickeln.“

Prof. Dr. Abendroth, Marburg, sieht dagegen die Ursachen der Niederlage in dem „Abrücken von den sozialistischen Zielsetzungen der Partei, von der seit Marx und Engels, seit Bebel und Kurt Schumacher selbstverständlichen Forderung der Überwindung der kapitalistischen Wirtschafts-anarchie durch Wohlfahrtsplanung und das Aufgeben des

In zwei Sätzen

Seit Ende September führt die Bundeswehr eine Anzeigenaktion in der Presse zur Werbung von Offiziersnachwuchs durch. Bisher haben sich 2430 Abiturienten gemeldet.

Die FDP-Bundestagsfraktion wählte in der vergangenen Woche den Abgeordneten Mende wieder zum Ersten Vorsitzenden. Zu seinen Stellvertretern wurden die Abgeordneten Eilers, Oldenburg, und Lenz, Trossingen, berufen.

Die Bayernpartei will versuchen, mit einem neuen Oppositionsprogramm einen Teil ihrer verlorenen Wähler zurückzugewinnen. Der Stimmenanteil der BP ist von 20,9 v. H. im Jahre 1949 auf 3,2 v. H. bei den letzten Wahlen zurückgegangen.

Kampfes für die Vergesellschaftung der wirtschaftlich und politisch führenden kapitalistischen Großunternehmen.

In einer Periode, in der die Labour Party mit einem konkreten Nationalisierungsprogramm für die nächste Wahlperiode zu neuem Ringen antritt, haben verantwortliche Sprecher der Partei die falsche Ideologie der bestehenden kapi-

Wähler „sind noch nicht reif“

„Dieser Wahlkampf war für die Sozialdemokratie in dem Sinne nicht zu gewinnen, der vielen von uns vorschwebte: Als Überwindung der Mehrheit der CDU und ihren Ersatz durch eine sozialdemokratisch bestimmte Bundesregierung. Für die von uns erstrebte Wende der bundesrepublikanischen Politik ist die Mehrheit der Wähler dieses Landes noch nicht reif.“

Bundestagsabgeordneter Erwin Schöttle im SPD-Zentralorgan „Vorwärts“, am 15. November 1957

talistischen Gesellschaft kritiklos übernommen, daß Wohlfahrtsplanung und Sozialisierung angeblich die Freiheit bedrohen.“

Abendroth fordert:

„... ständige Intensivierung auch der außerparlamentarischen Kämpfe der großen Mehrheit der Bevölkerung gegen Sonderinteressen des Finanzkapitals in ständiger Zusammenarbeit mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionären ... und ein eindeutiges Bekenntnis zu den sozialistischen Zielen der Partei (Vergesellschaftung, Wohlfahrtsplanung, Mitbestimmung).“

Wem dient die Petition?

Aus der Geschichte des „Fränkischen Kreises“

Der sogenannte „Fränkische Kreis“, der sich „Freie Vereinigung von Angehörigen geistiger Berufe in der Bundesrepublik“ nennt und zu den zahlreichen Zirkeln des östlichen Propagandavorfeldes gehört, ist zur Zeit dabei, Unterschriften für eine neue Petition an den Bundestag zu sammeln.

Es handelt sich um die Aufwärmung der bereits dem vergangenen Bundestag zugegangenen Petition, in welcher die Bundesregierung verpflichtet werden soll, für alle Zeiten und als Vorleistung auf die Ausrüstung der Bundeswehr mit atomaren Waffen, Lagerung atomarer Waffen durch NATO-Einheiten und Herstellung von Teilen atomarer Waffen zu verzichten.

Die sachliche Seite dieser Angelegenheit ist wiederholt und eingehend erörtert worden. Die Bundesrepublik hat auf die Herstellung der ABC-Waffen verzichtet. Sie kann aber nicht die zu ihrer Verteidigung bereitstehenden Bundesgenossen verpflichten, auf Waffen zu verzichten, die ihren etwaigen Gegnern zur Verfügung stehen. Sie kann auch die Frage einer Bewaffnung der Bundeswehr nicht ohne Rücksicht auf die Gesamtplanung der NATO entscheiden.

Protest der Würzburger Studenten

Da auch im Falle der vorliegenden Petition wiederum viele Tausende von Angehörigen geistiger Berufe um Unterschrift ersucht werden dürften, die zum größten Teil über die politischen Hintergründe und Zusammenhänge dieses Vorgehens und über die Persönlichkeiten im Hintergrund nicht unterrichtet sein dürften, ist es nötig, an folgende Tatsachen zu erinnern:

Sekretär und treibende Kraft des „Fränkischen Kreises“ ist der Universitätsprofessor Dr. Franz Paul Schneider, Würzburg. Sein Name ist u. a. dadurch bekanntgeworden, daß am 4. Juli 1957 die Würzburger Studentenschaft auf ihrer Vollversammlung das Verhalten Prof. Schneiders aufs schärfste mißbilligte, der Vorsitzender der „Westdeutschen Sektion des vorbereitenden Komitees für die Moskauer Weltjugendfestspiele“ war und in einem Schreiben an den bayerischen Innenminister „schärfste Verwahrung“ gegen die Behauptung eingelegt hatte, daß die „Weltjugendfestspiele“ eine kommunistische Veranstaltung seien. In dem mit großer Mehrheit angenommenen Antrag der Würzburger Studentenschaft hieß es, die Studentenschaft nehme „mit Bedauern Kenntnis, daß Dr. Schneider sich zum Förderer der kommunistischen Weltbewegung macht.“ Die Studentenschaft kritisierte besonders, daß Prof. Schneider durch sein Auftreten „den Freiheitsbestrebungen der unterdrückten Völker des Ostens in den Rücken fällt.“

„Ich bin überzeugt . . .“

Auf der Reise nach Moskau hatten Prof. Schneider u. a. der Verleger Rowoldt, Hamburg, und der frühere FDJ-Sekretär Helmut Roedel, Offenbach, begleitet. Nach seiner Rückkehr aus Moskau hieß Prof. Schneider vor der „Gesellschaft für Kultur und Politik“ in Würzburg, einer links stehenden Institu-

tion, einen Vortrag, in welchem er u. a. ausführte:

„Ich bin überzeugt, daß dem Kommunismus dem sozialistischen Marxismus die Zukunft gehört, weil er besser ist. Am Ende wird er dem Menschen auch mehr Freiheit geben als der Kapitalismus. . . Die Weltjugendfestspiele sind ein eminentes Politikum für den Kommunismus. Wir, die wir im Westen bei der Vorbereitung mitarbeiten, sind von der Tradition gewordenen, gewachsenen Bedeutung des Kommunismus überzeugt. . . Ich glaube, daß sich in den nächsten 15 Jahren das Schicksal unserer Welt entscheidet. Da die Angriffe nur vom Westen kommen können, müssen wir alles tun, um dies zu verhindern. Der Russe hat kein Interesse an einem Krieg oder an Europa.“

So begann es

Bereits im November 1954 hatte das prominente Mitglied des Fränkischen Kreises, der Nürnberger Arzt Dr. Gerst-äcker, eine Petition zur deutschen Frage an Professoren und Ärzte verschickt. Genau ein Jahr später forderte der „Fränkische Kreis“ in einer weiteren Erklärung zur deutschen Frage die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Bonn und Pankow: „Wir erwarten vom Bundeskanzler und der Bundesregierung, daß sie ihre starre und unrealistische Haltung gegenüber der DDR aufgeben und den Kalten Krieg innerhalb Deutschlands beenden.“ Auch in dem Text der in diesen Tagen herausgegangenen Petition wird mehrfach von den „beiden

deutschen Staaten“ gesprochen. An einer Stelle heißt es: „Was die Bundesrepublik anlangt, so fordert der Fränkische Kreis allerdings das Ausscheiden der beiden deutschen Teilstaaten aus ihren Militärbündnissen.“ Im Oktober 1955 hatte der „Fränkische Kreis“ im gleichen Sinne ein Schreiben an die vier Großmächte, an die Bundesregierung und an die Regierung nach Pankow sowie an die dazugehörenden Parlamente gerichtet. Zur Genfer Außenministerkonferenz hatte der Fränkische Kreis eine Delegation nach Genf mit ähnlichen Forderungen entsendet.

Petitionen gegen die Wehrpflicht, Plakataktionen gegen das Wehrpflichtgesetz im Juni 1956 vervollständigten das Repertoire dieser Gemeinschaft. Das hervorragende Mitglied des „Fränkischen Kreises“ Prof. Franz Rauhut, Würzburg, versuchte in einem Vortrag nachzuweisen, daß der Bundeskanzler einen neuen Krieg vorbereite. „Wer gegen Hitler war, ist auch gegen Adenauer“, hieß Rauhuts Parole.

Die Unterschriftenliste

Wer nach Kenntnis dieser Vorgänge das Unterschriftenverzeichnis der Petition durchliest, findet den seltsamen Gegensatz von im politischen Leben eindeutig gekennzeichneten Namen und Persönlichkeiten, denen die politischen Hintergründe des Spiels und seine etwaigen Folgen für die freiheitliche Lebensform doch wohl nicht voll zu Bewußtsein gekommen sind. In der Liste erscheinen u. a.: Prof. Dr. Abendroth, Marburg, Studentenpfarrer Mochalski, Darmstadt, Kirchenpräsident Niemöller, Prof. D. Gollwitzer, Bonn, Prof. Dr. Weißmantel, Ernst von Salomon, Wolfgang Koeppen, München, Heinz Hilpert, Göttingen, Dr. Arno und Anneliese Peters, Fritz von Unruh, die Komponisten Werner Egk und Carl Orff, ferner Olga Tschschowa, Fita Benkhoff, Ernst von Klipstein, Otto Dix, Beke Bachem, Prof. Dr. D. Johannes Hessen, Köln, Ida Ehre, Helmut Henrichs, Victor de Kowa, Prof. D. Ernst Wolf, Dr. Hans Rehfish, Luis Trenker, Harry Reuss-Löwenstein, Luise Rinser.

Die Aktion Schweinefleisch

Ernährungsminister Lübke: Was die Hausfrau wissen muß

In der Bundesrepublik soll mehr Schweinefleisch gegessen werden. Unter Leitung des Bundesernährungsministeriums haben Landwirtschaft, Fleischverarbeitungsgewerbe und Verbraucher einen „Ausschuß für Schweinefleischabsatz“ gebildet. Das Fleischverarbeitungsgewerbe hat sich bereit erklärt, den zu erwartenden Preisrückgang voll weiterzugeben.

In einem Rundfunkinterview erklärte Bundesernährungsminister Lübke dazu:

„Wir haben zur Zeit einen Schweinebestand in Deutschland, der im laufenden Wirtschaftsjahr uns etwa 1,5 Millionen Schweine mehr beschert wird als im Vorjahr, d. h. also, es werden sich ruinöse Schweinepreise ergeben, wenn nicht mit marktconformen Mitteln unsere Hausfrauen angeregt werden, in stärkerem Umfang Schweinefleisch zu kaufen. Es wurde von uns dem Fleischerhandwerk und in der Folge auch der Fleischwarenindustrie das Ansinnen gestellt, den Preisverfall der Hausfrau in vollem Umfang weiterzugeben. Dann

wird die Hausfrau aus eigenem Interesse schon mehr Schweinefleisch kaufen. Hinzu kommt eine Propagandaaktion, die die Hausfrau auf diese Zusammenhänge aufmerksam macht.“

Trümmer in Budapest

Ein Jahr nach dem ungarischen Aufstand ist Budapest immer noch durch die schweren Schäden gezeichnet, die die Straßenkämpfe der alten Stadt an der Donau zufügten. Nach amtlichen ungarischen Angaben wird es noch bis Ende 1959 dauern, bis die letzten zerstörten und beschädigten Häuser wiederaufge-

Die Ausschüsse im Bundestag

CDU/CSU-Vertreter für Arbeitsgruppen im Parlament

Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages hat ihre Vertreter in den Bundestagsausschüssen durch Wahl bestimmt. „Union in Deutschland“ hat in Nr. 46 die Namen der CDU/CSU-Abgeordneten in neun Ausschüssen veröffentlicht. Die Liste wird hier fortgesetzt.

Nachstehend geben wir die Namen der CDU/CSU-Mitglieder der einzelnen Ausschüsse an. In Klammern der Wahlkreis des Abgeordneten bzw. die Landesliste.

Ausschuß für Sozialpolitik

Josef Arndgen (Limburg) — Albert Baldauf (Saarlouis-Merzig) — Josef Becker (Zweibrücken) — Ernst Engelbrecht-Greve (Steinburg) — Dr. Ludwig Franz (Rosenheim) — Walter Gassmann (Balingen) — Peter Horn (Frankfurt/Main) — Wolfgang Klausner (Traunstein) — Dr. Berthold Martin (Obertaunuskreis) — Dr. Gerhard Philipp (Nordrhein-Westfalen) — Thomas Ruf (Esslingen) — Heinrich Scheppmann (Nordrhein-Westfalen) — Josef Schüttler (Konstanz) — Hans Schütz (Dillingen) — Josef Stingl (Berlin) — Bernhard Winkelheide (Recklinghausen-Stadt).

Ausschuß für Arbeit

Frau Dr. Hildegard Bleyler (Baden-Württemberg) — Hans Blöcker (Segeberg-Neumünster) — Hermann Diebäcker (Nordrhein-Westfalen) — Dr. Stefan Dittrich (Deggendorf) — Jakob Franzen (Rheinland-Pfalz) — Clemens Hesemann (Bersenbrück-Lingen) — Artur Jahn (Stuttgart) — Peter Heinrich Kirchhoff (Altena-Lüdenscheid) — Georg Lang (München) — Aloys Lenz (Köln-Land) — Josef Maier (Baden-Württemberg) — Georg Schneider (Hamburg) — Anton Storch (Osnabrück) — Theodor Teriete (Nordrhein-Westfalen) — Franz Varelmann (Niedersachsen) — Karl-Heinz Vogt (Aschaffenburg).

Ausschuß für Heimatvertriebene

Frau Annemarie Ackermann (Rheinland-Pfalz) — Karl Bühler (Baden-Württemberg) — Heinrich Höfler (Emmendingen) — Hermann Koch (Stadt Braunschweig) — Waldemar Kraft (Nordrhein-Westfalen) — Hans Krüger (Nordrhein-Westfalen) — Georg Krug (Kempten) — Ernst Kuntscher (Niedersachsen) — Dr. Georg von Manteuffel-Szoego (Schwabach) — Clemens Riedel (Hessen) — Friedrich-Karl Storm (Oldenburg-Eutin/Süd) — Heinrich Wehking (Nordrhein-Westfalen).

Wirtschaftsausschuß

Dr. Rainer Barzel (Paderborn-Wiedenbrück) — Dr. Franz Böhm (Frankfurt/M. III) — Dr. Gerhard Fritz (Rheinland-Pfalz) — Erwin Häußler (Stuttgart II Ost) — Dr. Fritz Hellwig (Köln II) — Ernst Holla (Moers) — Josef Illerhaus (Rheydt-M.-Gladbach-Viersen) — Hans Katzer (Köln III) — Gottfried Leonhard (Karlsruhe-Land) — Dr. Heinrich Lindenberg (Harz) — Hans-August Lückner

(Memmingen) — Franzjosef Müser (Bochum) — Franz Ruland (Saarland) — Hugo Scharnberg (Hamburg) — Werner Schwarz (Stormarn) — Otto Weinkamm (Augsburg-Stadt).

Finanzausschuß

Dr. Curt Becker (Nordrhein-Westfalen) — Dr. Werner Dollinger (Erlangen) — Dr. August Dresbach (Oberbergischer Kreis) — Dr. Gerhard Fritz (Rheinland-Pfalz) — Wilhelm Goldhagen (Pinneberg) — Bernhard Günther (Düren-Monschau-Schleiden) — Karl Krammig (Bremen) — August Neuburger (Bruchsal) — Georg Pelster (Steinfurt-Tecklenburg) — Dr. Robert Pferdenges (Nordrhein-Westfalen) — Carl Pietscher (Wolfenbüttel-Goslar/Land) — Albrecht Schlee (Bayreuth) — Josef Schlick (Mainz) — Dr. Otto Schmidt (Wuppertal I) — Gustav Sühler (Kulmbach) — Dr. Hans Toussaint (Essen III).

Haushaltsausschuß

Dr. Heinrich Aigner (Amberg) — Fritz Baier (Sinsheim) — Peter-Wilhelm Brand (Rhein-Wupper-Kreis) — Wilhelm Brese (Niedersachsen) — Dr. Hermann Conring (Leer) — Heinrich Gewandt (Hamburg) — Christian Giendke (Husum-Sütdondern-Eiderstedt) — Dr. Franz Gleissner (Miesbach) — Dr. Hermann Götz (Fulda) — Anton Hilbert (Donaueschingen) — Albert Leicht (Speyer) — Alois Niederalt (Cham) — Julie Rösch (Baden-Württemberg) — Dr. Gerhard Stoltenberg (Schleswig-Eckernförde) — Dr. Rudolf Vogel (Aalen) — Heinrich Windelen (Beckum-Warendorf).

Außenhandelsausschuß

Dr. Kurt Birrenbach (Nordrhein-Westfalen) — Hermann Diebäcker (Nordrhein-Westfalen) — Heinrich Draeger (Saarbrücken-Land) — Hermann Finckh (Göppingen) — Gustav Fuchs (Bad Kissingen) — Hermann Glüsing (Norder- und Süderdithmarschen) — Karl Hahn (Nordrhein-Westfalen) — Clemens Hesemann (Bersenbrück-Lingen) — Georg Krug (Kempten) — Dr. Paul Leverkus (Hamburg) — Dr. Walter Löhr (Hessen) — Josef Menke (Warburg-Höxter-Büren) — Ernst Pernoll (Harburg-Soltau) — Hans Richarts (Prüm) — Dr. Günther Serres (Krefeld) — Franz Xaver Unerl (Vilshofen).

Ausschuß für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Josef Bauer (Altötting) — Friedrich Bauereisen (Ansbach) — Bernhard Bauknecht (Biberach) — Otto Freiherr von Feury (Bayern) — Dr. Martin Frey (Nordrhein-Westfalen) — Albrecht Gehring (Nordrhein-Westfalen) — Paul Gibbert (Cochem) — Ludwig Knobloch (Neustadt/Weinstraße) — Fritz Mensing (Niedersachsen) — Franz Mühlenberg (Aachen-Land) — Frau Dr. Maria Pannhoff (Nordrhein-Westfalen) — Dr. Walter Pflaumbaum (Uelzen) — Dr. Hermann Siemer (Delmenhorst-Wesermarsch) — Detlef Struve (Rendsburg) — August Weimar

(Hessen) — Kurt Wittmer-Eigenbrodt (Fritzlar/Homberg).

Ausschuß für Petitionen

Ulrich Berger (Herne-Castrop/Rauxel) — Irma Blohm (Hamburg) — Johannes Caspers (Düsseldorf II) — Friedrich Funk (Schweinfurt) — Artur Jahn (Stuttgart I) — Gottfried Leonhard (Karlsruhe-Land) — Kläre Schmitt (Hessen) — Josef Spies (Kaufbeuren) — Theodor Teriete (Westfalen) — Emmi Welter (Rheinland) — Franz Wittmann (Bayern) — Josef Worms (Hessen). (Die Stärke des Ausschusses wurde auf Grund der interfraktionellen Abprache erhöht; daher sind noch 4 ordentliche Sitze zu benennen.)

Ausschuß für Mittelstandsfragen

Hans Blöcker (Segeberg-Neumünster) — Prof. Dr. Fritz Burgbacher (Nordrhein-Westfalen) — Alfred Burgemeister (Braunschweig Land/Helmstedt) — Peter Heinrich Kirchhoff (Altena-Lüdenscheid) — August Kunst (Rheinland-Pfalz) — Philipp Meyer (Donauwörth) — Richard Oetzel (Nordrhein-Westfalen) — Frau Cläre Schmitt (Hessen) — Kurt Schmücker (Vechta-Cloppenburg) — Karl Simpendörfer (Heilbronn) — Franz Xaver Unerl (Vilshofen) — Karl Wieninger (München).

Ausschuß für Gesundheitswesen

Dr. Hildegard Bleyler (Baden-Württemberg) — Irma Blohm (Hamburg) — Alfred Burgemeister (Braunschweig-Land, Helmstedt) — Dr. Stefan Dittrich (Deggendorf) — Hermann Ehren (Nordrhein-Westfalen) — Margarete Engländer (Nordrhein-Westfalen) — Dr. Bert Even (Nordrhein-Westfalen) — Georg Lang (München-Ost) — Dr. Luise Rehling (Hagen) — Dr. Eckhard Reith (Hessen) — Dr. Hans-Carl Rüdell (Kiel) — Dr. Viktoria Steinbiss (Nordrhein-Westfalen).

Ausschuß für Kriegsoffer- und Heimkehrerfragen

Frau Annemarie Ackermann (Rheinland-Pfalz) — Karl Bühler (Baden-Württemberg) — Johannes Caspers (Düsseldorf II) — Frau Margarete Engländer (Nordrhein-Westfalen) — Johannes Even (Berghem/Euskirchen) — Wilhelm Gonttrum (Hessen) — Karl Theodor Freihe von Guttenberg (Fordheim) — Josef Maier (Baden-Württemberg) — Frau Dr. Maria Probst (Karlstadt) — Dr. Eckhardt Reith (Hessen) — Emil Solke (Nordrhein-Westfalen) — Anton Storch (Osnabrück).

Fortsetzung folgt.

Vorsitzende der Arbeitskreise

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat auf Vorschlag des Fraktionsvorsitzenden Dr. Krone den Parlamentarischen Geschäftsführer, Will Rasner, und seinen Stellvertreter, Josef Rösing, einstimmig wiedergewählt.

Zu Vorsitzenden der Arbeitskreise wurden gewählt für den Arbeitskreis I (Recht, Inneres) der Abgeordnete Dr. Weber (Koblenz), für den Arbeitskreis II (Wirtschaft) Abgeordneter Schmücker, für den Arbeitskreis III (Finanzen, Steuern, Haushalt) Abgeordneter Dr. Dollinger (CSU), für den Arbeitskreis IV (Soziales) Abgeordneter Horn und für den Arbeitskreis V (Außenpolitik, Verteidigung) Abgeordneter Kiesinger.

VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

„Friedland-Hilfe“

Als privates Hilfswerk für Aussiedler und Vertriebene wurde in Friedland die „Friedland-Hilfe“ gegründet. Bundesvertriebenenminister Oberländer, nannte sie eine „Zweckhilfe auf Zeit“. Sie soll solange bestehen bleiben, wie der Zustrom aus den früheren deutschen Ostgebieten anhält. Ziel dieses Hilfswerks ist es, zusätzlich zu den großen staatlichen Ersthilfen die private Hilfe und Opferbereitschaft aufzurufen und wachzuhalten.

Zunächst Arbeitsgemeinschaft

Zusammenschluß der beiden Vertriebenenorganisationen

Der Zusammenschluß der beiden großen Heimatvertriebenen-Organisationen, des „Bundes der Vertriebenen Deutschen“ und des „Verbandes der Landsmannschaften“, ist am 22. Oktober 1957 vorerst nur in Form einer Arbeitsgemeinschaft der beiden Präsidien unter dem Namen „Bund der Vertriebenen, Vereinigte Landsmannschaften und Landesverbände“ erfolgt. Bis zum 1. September 1958 soll der Zusammenschluß auf der mittleren und der unteren Ebene im ganzen Bundesgebiet durchgeführt werden.

Die Vorstände der beiden Organisationen arbeiten zunächst in ihrer alten Zusammensetzung im Rahmen des neuen Präsidiums weiter, wobei die Vorsitzenden sich abwechseln. Neue Wahlen des Vorstandes sind erst für die Zeit nach dem Zusammenschluß auch der unteren Organisationen, also nach dem 1. September 1958, vorgesehen.

Das zunächst durch den Zusammenschluß entstandene neue Präsidium besteht aus je 8 Vertretern des BvD und des VdL. Die neue Bundesversammlung wird nach dem Zusammenschluß der örtlichen Gremien die endgültige Satzung beschließen. Die Durchführung des vorläufigen Zusammenschlusses und die Regelung der Übergangsbestimmungen wurde von 104 Delegierten mit einstimmigem Beschluß angenommen. Vorsitzender des Verbandes der Landsmannschaften ist der CSU-Bundestagsabgeordnete Dr. von Manteuffel-Szoegge, Vorsitzender des BvD der ehemalige BHE-Bundestagsabgeordnete Dr. Linus Kather. (Kather kam 1953 über die Landesliste der CDU in Nordrhein-Westfalen zum zweiten Male in den Bundestag. Im Juni 1954 trat er zum BHE über.)

Ziele der Arbeitsgemeinschaft

Die neue Arbeitsgemeinschaft bekennt sich in ihrer Satzung zur Charta der Heimatvertriebenen vom 5. August 1950. Sie setzt sich u. a. zur Aufgabe, sich für die Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes, des Rechtes auf die angestammte Heimat, der allgemeinen Menschenrechte und für eine gerechte Ordnung zwischen den Staaten und Völkern

Industrieplan war falsch

Polen unzufrieden mit Wirtschaft im Oder-Neiße-Gebiet

Mehr oder weniger versteckt kritisiert die polnische Presse die Zustände in den deutschen Gebieten unter polnischer Verwaltung. So berichtet die in Breslau erscheinende Zeitung die „Arbeiterstimme“ am 9. Oktober 1957 in einem Artikel „Die Westgebiete Polens — Sache des ganzen Volkes“ über Mißstände, die vor kurzem bei einer Delegiertenkonferenz zur Sprache kamen.

In dem Bericht heißt es:

„Bei der Beurteilung der Wirtschaftslage des niederschlesischen Landes stellten die Diskutanten fest, daß die falsche Orientierung in der Industrialisierungspolitik der Vergangenheit dem ganzen Lande beträchtlichen Schaden zufügte. Vor allen Dingen sind aber die Folgen dieser Orientierung in den Westgebieten sichtbar, wo es eine bedeutende Zahl von Kleinbetrieben gab. So z. B. gab es noch Anfang 1956 in den gesamten Westgebieten 780 stillgelegte Kleinbetriebe.

Im Laufe des Jahres 1956 hat man 407 davon wieder bewirtschaftet. Die restlichen 380 sind und werden im Laufe des Jahres 1957 wieder in Betrieb gesetzt.

Einen beträchtlichen Raum in der Diskussion nahm die Frage der Oderschiffahrt ein. Leider gibt es noch zu wenig Fahrzeuge (Breslau etwa 250 Kähne und etwa 70 Schlepper), um den billigsten Gütertransportweg der Westgebiete seiner Bedeutung entsprechend ausnutzen zu können.

Große Bedeutung wurde dem Wohnungsbauprogramm Niederschlesiens geschenkt. Bekanntlich ist der Wohnungsbau viel geringer, als er entsprechend den Bedürfnissen sein müßte. Die Niederschlesien für die Jahre 1957 bis 1960 zugeteilten Finanzmittel in Höhe von 1,2 Milliarden Zloty wurden als unzureichend erklärt. Einen Ausweg zur Verbesserung der Wohnungslage in Niederschlesien sahen die Diskutanten in der Förderung des Einzelwohnungsbaues unter Verwendung örtlicher Rohstoffe...

zialen und wirtschaftlichen Fragen. Die Verbände erarbeiten gemeinsam eine „Charta der Heimatvertriebenen“. Sie wurde am 5. August 1950 in Stuttgart proklamiert.

Am 1. Juli 1951 fand in der Paulskirche in Frankfurt/Main der erste Bundeskongreß der Ostdeutschen Landsmannschaften statt.

Am 18. August 1952 wurde die bisherige „Vereinigung der Ostdeutschen Landsmannschaften“ zu einem „Verband der Landsmannschaften“ erweitert.

Seit dem 23. November 1953 wurden Einigungsverhandlungen zwischen den Präsidien des VdL und des ZvD geführt. Im Herbst 1954 nahm der ZvD den Namen „Bund der vertriebenen Deutschen“ an.

Auf der Tagung der Kreisverbandsvorsitzenden des BvD in Hannover am 10. und 11. März 1956 bekannte sich Dr. Linus Kather öffentlich zur Einigung und übersandte den Wortlaut seiner Rede dem VdL. Der Vorsitzende des Verbandes der Landsmannschaften, Dr. von Manteuffel-Szoegge regte daraufhin einen gemeinsamen Ausschuß an, der als Zehner-Ausschuß den Entwurf einer Satzung bearbeitete und den Boden für den Zusammenschluß bereitete.

Europas einzusetzen, die Forderungen der Vertriebenen gegenüber Regierung, gesetzgebenden Körperschaften und der Öffentlichkeit in allen Angelegenheiten zu vertreten, die mit dem Verlust der Heimat zusammenhängen, und das heimatische Kulturgut zu erhalten, zu pflegen und zu fördern.

Der „Bund“ bezeichnet sich ausdrücklich als überparteilich und überkonfessionell.

Es begann 1947

Organisation und Zusammenschluß der Vertriebenen erfolgten nach Aufhebung des Verbotes der Besatzungsmächte im Jahre 1947 in folgenden Etappen:

Am 18. September 1947 traten in Braunschweig zum ersten Male Vertreter der Vertriebenen in der britischen Besatzungszone zusammen. Am 12. August 1948 schlossen sich die bisher örtlich errichteten Vertriebenenorganisationen in Bad Godesberg zu einer „Gesamtvertretung der Ostvertriebenen“ zusammen. Am 18. Dezember 1948 wurden in Wiesbaden die Landesverbände gegründet. Am 9. April 1949 schlossen sich die Landesverbände zum „Zentralverband der vertriebenen Deutschen“ zusammen.

Am 24. August 1949 schlossen sich die Landsmannschaften in Bad Homburg zu den „Vereinigten Ostdeutschen Landsmannschaften“ zusammen.

Am 20. November 1949 wurde in Göttingen folgende Arbeitsteilung vereinbart: Die Landsmannschaften bearbeiten die heimatpolitischen und kulturellen Aufgaben; der Zentralverband die so-

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestr. 2, Tel. 5 19 15/19 — Verlag: Presse- und Informationsdienste der CDU Deutschlands, Bonn, Argelanderstr. 173, Tel. 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Bundesgeschäftsstelle der CDU, Bonn, Postscheck-Konto Köln 36 531, Bankverein Westdeutschland, Bonn, Nr. 7487 — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

Preiswucher eingeplant

„HO-Akzise“ finanziert Industriebau in der Zone

Nach den neuesten Angaben der Machthaber der Sowjetzone sollen zwischen 1956 und 1960 in der Zone 55 Milliarden DM-Ost für den Aufbau der Industrie als Investitionen aufgewandt werden. 31,3 Milliarden DM-Ost werden dabei aus dem Staatshaushalt entnommen. Jährlich rund 3,6 Md. DM-Ost werden für den von Moskau befohlenen Aufbau der Industrie ausgegeben.

Diese Zahl ist von besonderem Interesse. Denn es wird jetzt klar, daß die gesamte Industrialisierung genau wie in der Sowjetunion von der Bevölkerung bezahlt werden muß. Allein 1954 nehmen nämlich die Behörden der Zone 12,6 Milliarden DM-Ost dadurch ein, daß alle Waren in den HO-Geschäften mit einer hohen „HO-Akzise“ — also einer Umsatzsteuer — belegt wurden. Dadurch kommen die hohen Preise für die Waren, die der Bürger zum Leben, zum Bekleiden oder Einrichten seiner Wohnung benötigt, zustande.

Der Haushaltsplan der Sowjetzone für 1957 setzt sich nach amtlichen Angaben zu 57,9 v. H. aus Einnahmen zusammen, die dem Staat „aus der sozialistischen Wirtschaft“ zufließen. „Sozialistische Wirtschaft“ — das ist ein Begriff, der auch das gesamte staatliche Handelsunternehmen HO umfaßt. Genau wie in der Sowjetunion werden aber alle Waren, die nicht in den Geschäften von Bürger gekauft werden — „Produktionsgüter“ wie Maschinen und industrielle Ausrüstungen — so gut wie gar nicht mit Umsatzsteuer belegt.

Die zu 57,9 v. H. aus der „sozialistischen Wirtschaft“ kommenden Staatseinnahmen der Sowjetzone müssen sich also zum beträchtlichen Teil aus den Umsatzsteuereinnahmen zusammensetzen, die der mitteldeutschen Bevölkerung durch die hohen HO-Preise aus der Tasche gezogen werden. In der Sowjetunion setzt sich der staatliche Haushalt bereits seit 1930 ebenso wie jetzt in der Zone zu mehr als der Hälfte aus den Einnahmen der Umsatzsteuer zusammen.

Mit diesen vom Volk bezahlten Geldern wird eine Industrie aufgebaut, die dem Volk nichts nützt. Denn die kommunistische Welt — von Moskau regiert — hat sich zum Ziel gesetzt, in

Aus Ulbrichts Reich

ABGESETZT. Auf Anweisung der zuständigen Stellen mußte die Dresdener Staatsoper Bert Brechts „Dreigroschenoper“ vom Spielplan absetzen, weil sie nicht in die „sozialistische Gesellschaft“ passe. Statt dessen setzte die Intendanz die Oper „Arabella“ von Richard Strauß auf den Spielplan.

PATRIOTEN. Die meisten Teilnehmer eines Elternforums in Ost-Berlin hätten sich für militärisches Kinderspielzeug ausgesprochen, berichtet das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“. Nach dem Bericht hat ein Oberst des Verteidigungsministeriums der Zone der Versammlung erklärt, das richtig angeleitete Spiel mit militärischem Spielzeug diene der Erziehung der Jugend zum Patriotismus.

Asien und Afrika mit wirtschaftlichen Mitteln für den Kommunismus zu werben. So ist es zu erklären, daß mit den wachsenden Ausfuhren des Ostblocks in die jungen afrikanischen und asiatischen Länder auch die Exporte der Zone steigen, während in der Zone selbst die Produkte der vom Volke bezahlten Industrie so dringend benötigt würden.

An der Spitze der mitteldeutschen Ausfuhr steht mit 60 v. H. an der Gesamtausfuhr die metallverarbeitende Industrie, also genau jene Industrie, die neu aufgebaut wurde und deren Maschinen dazu benötigt würden, um die Herstellung etwa von Eisschränken, Schuhen, Fahrrädern, Radios usw. zu ermöglichen, von Gütern also, die in den Geschäften der Bundesrepublik so selbstverständlich sind wie sie für die Menschen Mitteldeutschlands Mangelware sind.

Ämter niedergelegt

Der Bezirksvorsitzende der FDP in Ostfriesland, Erich Wilts (Leer), hat in einem Schreiben an den FDP-Landesvorsitzenden von Niedersachsen, Graaff, mitgeteilt, daß er seine Ämter in der Vorstandskonferenz und im Landesvorstand zur Verfügung stelle. Wilts hatte sich als einziger im Landesvorstand und in der Landtagsfraktion der FDP gegen die Aufnahme der DRP-Abgeordneten ausgesprochen. Nach der Aufnahme dieser Abgeordneten der rechtsradikalen DRP hatten CDU und DP in Niedersachsen eine weitere Zusammenarbeit mit der von der FDP und dem BHE gebildeten Arbeitsgemeinschaft in der Regierungskoalition abgelehnt.

Flucht in die Freiheit

In der letzten Woche (9. bis 15. November) flohen 5300 Bewohner der Sowjetzone in die Bundesrepublik und nach West-Berlin; 989 davon waren Alleinstehende unter 24 Jahren.

Wenn sie die Mehrheit haben

Fragwürdige Oberbürgermeister-Neuwahl in Gießen

Im Stadtrat von Gießen regieren SPD, FDP und BHE gegen eine Opposition von CDU/FVP und einer bürgerlichen Wählerliste. Kurz vor Weihnachten 1956 wurde der damalige Oberbürgermeister Dr. Lotz von der SPD und ihren Partnern, die die Mehrheit im Stadtrat haben, „abgewählt“.

Der Fraktionsvorsitzende der SPD-Fraktion erklärte dabei, daß die Stelle des Oberbürgermeisters nicht vor Mitte 1960, dem Zeitpunkt des Amtsablaufs von Oberbürgermeister Dr. Lotz, neu besetzt werden würde, damit der Stadt keine Mehrkosten entstünden. Nunmehr aber hat die SPD beantragt, der von ihr vorgesehene Nachfolger von Dr. Lotz solle noch in diesem Jahr zum Oberbürgermeister gewählt, allerdings erst nach Ablauf der offiziellen Amtszeit des jetzigen Stelleninhabers als Oberbürgermeister besoldet werden. Damit soll eine doppelte Besoldung beider Stelleninhaber vermieden werden.

Die CDU ist der Auffassung, daß die SPD mit diesem Plan ihre Stellung und ihren Einfluß im Magistrat frühzeitig vor den Wahlen im Jahre 1960 verankern will. Bei den Bundestagswahlen hat die CDU in Gießen einen großen Erfolg erzielt, der die SPD zu der Befürchtung berechtigt, auch bei den Kommunalwahlen 1960 einen Stimmenverlust hinnehmen zu müssen.

Der Fall Darmstadt

In der Stadtverordnetenversammlung von Darmstadt hat die SPD mit 33 von 60 Sitzen die absolute Mehrheit. Sie stellt den Stadtverordnetenvorsteher. Als die CDU, wie es in parlamentarischen Gremien üblich ist, als zweitstärkste Fraktion (15 Sitze) den Anspruch erhob, den

Stellvertreter zu stellen, lehnte die SPD ab. Sie benannte, gestützt auf ihre Mehrheit, auch den Stellvertreter.

Hamburg: 69 SPD-Sitze

Die Sozialdemokratische Partei wird in der neuen Hamburger Bürgerschaft mit 69 und nicht, wie ursprünglich bekanntgegeben, mit 68 Abgeordneten vertreten sein. Bei der rechnerischen Prüfung des Wahlergebnisses war entdeckt worden, daß in einem Bezirk 2732 Stimmen durch technisches Versagen einer Additionsmaschine nicht erfaßt worden waren. Durch die Änderung der sozialdemokratischen Abgeordnetenzahl verlieren die Freien Demokraten einen Sitz.

Keinen Einfluß auf das Ergebnis der Wahl hatte die Wahlfälschung, die ein der SPD angehörender ehrenamtlicher Vorsteher eines Wahllokals beging: Er hatte 70 abgegebene Stimmzettel geändert. 40 Stimmzettel, die für CDU oder FDP abgegeben worden waren, machte er durch Einfügung eines zweiten Kreuzes ungültig, 30 weitere Stimmzettel, die unausgefüllt abgegeben worden waren, änderte er zu SPD-Stimmen ab. Um das Tagegeld für einen Wahlhelfer, der nicht erschienen war, für sich kassieren zu können, fälschte er dessen Unterschrift.